

„Der Wehrdienst darf jedenfalls nicht schlechtgemacht werden“ – diese Auffassung vertritt in einem Kommentar Susanne Kusicke, Redakteurin der Politik. Bereits die unterkomplexe Formulierung „schlechtmachen“ lässt erahnen, dass hier der Gegenstand der Diskussion nicht erfasst wird. So ist ein Kommentar entstanden, der gegen die Initiative „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ und die „Linkspartei“ keilt und durch die Abwesenheit stichhaltiger Argumente glänzt. Ein Kommentar von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260615_Kritik_an_Initiativen_gegen_den_Wehrdienst_Die_FAZ_offenbart_eine_Hemmschwelle_beim_Verstehen_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

In der Ukraine werden wehrpflichtige Bürger auf [brutale Weise](#) auf der Straße [aufgegriffen](#) und in Busse gezerrt. In Deutschland hat die Politik die Losung [„Kriegstüchtigkeit“](#) ausgegeben und ein gigantisches Aufrüstungsprogramm läuft an. Wer unter diesen Gesichtspunkten über den Tellerrand hinausblicken kann, begreift, warum die Linke am Samstag in Berlin zu einem [Unfollow Bundeswehr Festival](#) geladen hat. In der Sinnenklaue des FAZ-Kommentars ist Begreifen in weiter Ferne. Dafür spritzt aus den Zeilen Überzeugung.

Es gab eine Zeit, da waren Kommentare der *FAZ* brillant. Sie waren von Argumenten und damit von einer eigenen Kraft getragen. Und heute? Heute veröffentlicht die *FAZ* einen Kommentar einer Polit-Redakteurin zum Thema Kritik an der Wehrpflicht – ohne auch nur einmal das politische Großvorhaben Kriegstüchtigkeit zu erwähnen.

Ausblenden, Weglassen, Ignorieren: Auf dieser Basis lässt es sich dann gegen den Wehrdienst protestierende Schüler und gegen die Linkspartei zu Felde ziehen.

„Schön wär’s, wenn alles so einfach wäre, wie es Die Linke in ihrer Kampagne gegen die Wehrpflicht und die damit einhergehende Wehrerfassung darstellt“, schreibt Kusicke. Stein des Anstoßes ist die Aussage der Linkspartei: „Die Bundesregierung will euch zum Dienst an der Waffe zwingen“.

Nein, nein, meint die FAZ-Redakteurin, dem sei nicht so, denn: Das Ausfüllen des Wehrerfassungsbogens sei zwar verpflichtend, aber der Wehrdienst eben noch nicht. Schließlich bestehe doch auch die Möglichkeit, einen Ersatzdienst zu leisten.

Das ist alles richtig. Nur bestreitet das auch niemand – weder streikende Schüler noch die Linkspartei. Die „Kampagne“ gegen den Wehrdienst richtet sich in weiser Voraussicht auf das, was den Söhnen und vielleicht auch den Töchtern des Landes blüht, wenn eintritt, was die Politik förmlich herbeizureden scheint: der Ernstfall (siehe auch: [„Im Kriegsfall wird es in Deutschland kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung geben“](#)).

Das versteht die Redakteurin aber offensichtlich nicht.

Wie lässt sich ihr das Problem erklären? Vielleicht so: Kriegstüchtig – und nochmal: kriegstüchtig! – das ist etwas ganz Schlechtes. Da droht große Gefahr. Vielleicht ist es notwendig, das gleich nochmal zu wiederholen: Große Gefahr droht. Für Leib und Leben der Soldaten. Selbst Jugendliche schauen der politischen Entwicklung voraus und begreifen, dass sie irgendwann vielleicht als Kanonenfutter in einem Krieg, der nicht der ihre sein wird, landen können.

Was daran so schwer zu verstehen sein soll, lässt sich nur schwer verstehen. Vielleicht gibt es da bei einer Zeitung, die auch meint, [„Es gibt kein Recht auf Fahnenflucht“](#), eine Hemmschwelle beim Verstehen. Vielleicht will das Blatt auch gar nicht verstehen, auf welchem unheilvollem Kurs sich die Politik befindet. Dann wäre es allerdings besser, sich zu dem Thema zurückzuhalten.

Gegen den Wehrdienst protestierende Schüler zu attackieren: Das ist in Anbetracht dessen, worum es geht, journalistisch untragbar.

Titelbild: Screenshot FAZ 